

BHF-Turm verkauft

Hochhaus soll bis 2027 saniert werden

Seit fast zwanzig Jahren hat das Immobilienunternehmen ABG, nicht zu verwechseln mit der gleichnamigen städtischen Wohnungsgesellschaft, keine Gebäude mehr in Frankfurt entwickelt. Der 2004 errichtete „Skyper“, ein Hochhaus mit Glasfassade im Bankenviertel, war das letzte ABG-Projekt in der Stadt. Nun hat sich das Unternehmen entschieden, wieder in der Mainmetropole tätig zu werden. Es hat gemeinsam mit Hanse Merkur das BHF-Hochhaus an der Bockenheimer Landstraße im Westend erworben und will das denkmalgeschützte Gebäude bis 2027 sanieren und auf das technische Niveau eines Neubaus bringen.

Dass die ABG wieder in den hiesigen Immobilienmarkt einsteigt, liegt auch an dem neuen geschäftsführenden Gesellschafter Ulrich Höller, der Frankfurt traditionell verbunden ist. Er sei vom Frankfurter Immobilienmarkt persönlich sehr überzeugt, teilt Höller mit. Das nun erworbene Hochhaus sei eine „Ikone zwischen Moderne und Tradition“ und werde nach der Revitalisierung wieder eine herausragende Rolle in der hiesigen Architekturlandschaft spielen.

Der Büroturm ist an das deutsch-französische Finanzunternehmen Oddo BHF, ehemals BHF-Bank, vermietet. Wenn der Mieter 2024 auszieht, soll das Gebäude neu konzipiert werden. Insgesamt investieren ABG und Hanse Merkur mehr als 300 Millionen Euro in das Projekt. Das BHF-Hochhaus wurde 1965 nach einem Entwurf des Architekten Sep Ruf errichtet und war damals der höchste Turm der Stadt. Es verfügt über 20 000 Quadratmeter Mietfläche und hat 23 Geschosse. Zu dem Komplex gehören auch ein sechsgeschossiger Anbau an der Oberlindau und ein Atrium, das in den Rothschildpark ragt.



Auslaufmodell: Vom heutigen Dienstag an müssen Radfahrer und Fußgänger weichen – der Mainkai wird wieder an den Autoverkehr zurückgegeben.

Foto Wonge Bergmann

Die Zeiten, über den Römerberg hinweg bis zum Eisernen Steg ungehindert zu flanieren, im Mainkai-Café draußen ohne Verkehrslärm zu frühstücken, auf direktem Weg vom Historischen Museum zur Untermainbrücke zu radeln, die sind von heute, von Dienstag an, vorbei. Nach 13 Monaten wird die Sperrung des Mainkais aufgehoben, die Straße für den Autoverkehr wieder freigegeben. Damit endet der einjährige „Verkehrsversuch“, auf den sich CDU, SPD und Grünen im Römer in ihrer Koalitionsvereinbarung verständigt hatten. Um ihn fortzusetzen, fehlt die politische Mehrheit: SPD und Grüne wollen den motorisierten Verkehr von dem 900 Meter langen Straßenabschnitt dauerhaft ausschließen, die CDU will das nicht. Damit ist von Dienstag an am nördlichen Mainufer wieder alles wie zuvor: Nicht einmal einen rot markierten Streifen für Radfahrer wird es geben, dafür drei Fahrspuren für Autos und Lastwagen.

Das autofreie Mainufer ist in der Stadt so umstritten gewesen wie wenig zuvor. Gegner wie die Bürgerinitiative „Sachsenhausen wehrt sich“ bejubeln die Aufhebung der Sperrung und sprechen von einem „Aufatmen“ für die Bewohner der Innenstadtteile wie dem nördlichen Sach-

Ende der autofreien Zeit

Bis 8 Uhr am Dienstagmorgen ist der Mainkai noch gesperrt, dann werden die Betonpoller entfernt, die Ampeln neu geschaltet – und der Verkehr rollt wieder.

senhausen, die seit Jahrzehnten schon unter der höchsten Verkehrsbelastung litten und nun auch noch zusätzlich den Mainkai-Verkehr hätten erdulden müssen. Befürworter wie die Grünen haben dagegen am Montagabend noch mit einer „Mainkai-Night“ darauf hingewiesen, dass sich der gesperrte Straßenabschnitt zwischen dem grünen Mainufer und der Innenstadt

zu einem „bunten Ort städtischen Lebens“ entwickelt habe und für die Menschen zurückeroberbar worden sei. Die Klimaschutz-Aktivisten von Fridays for Future haben für Dienstag um 12 Uhr eine Demonstration auf dem Mainkai angekündigt, „um sich den Raum zu nehmen“.

Die Grünen haben bis zuletzt darauf gedrängt, den Verkehrsversuch während der

Corona-Zeit fortzuführen und damit dem veränderten Mobilitätsverhalten der Bürger Rechnung zu tragen. „Es ist komplett unverständlich, warum man den Menschen wertvolle Freiflächen ohne Not, allein aus parteipolitischen Kalkül, wegnimmt“, sagt Wolfgang Siefert, verkehrspolitische Sprecher der Partei.

Verkehrsdezernent Klaus Oesterling (SPD) hatte am Donnerstag eine repräsentative Umfrage vorgestellt, wonach 57 Prozent der im vergangenen Dezember befragten Frankfurter es gut fanden, dass das Mainufer autofrei sei. Nur 21 Prozent hatten angegeben, dass dort wieder Autos fahren sollten, dem Rest war es egal. Unabhängig von diesen Zahlen, wertet der Stadtrat von seiner Partei angestrebten Verkehrsversuch als „Erfolg“. Nach einer Anlaufphase hätten die Frankfurter den Straßenraum für sich angenommen. Der autofreie Mainkai habe eine „sehr starke Wirkung entfaltet, die Bürger haben die Attraktivität der Fläche erkannt“, sagt Oesterling. „Die Idee, die in die Köpfe und Herzen der Frankfurter gepflanzt worden ist, die kriegt man dort nicht mehr raus.“ Der Sozialdemokrat hofft, nach der Kommunalwahl im nächsten März eine Mehrheit im Römer für den autofreien Mainkai zu haben.



Baudenkmal: Der BHF-Turm wurde 1965 nach einem Entwurf von Sep Ruf errichtet.

Foto ABG

Konzept gegen Schleichverkehr

In Bergen-Enkheim soll eine bei Autofahrern beliebte Abkürzung durch das Wohngebiet entlang des Nordrings künftig unterbunden werden. Der für den Stadtteil zuständige Ortsbeirat 16 hat in seiner jüngsten Sitzung einen interfraktionellen Antrag beschlossen, in dem ein Konzept dazu vorgeschlagen wird. Im Fokus steht dabei eine Strecke, die vor allem während des Berufsverkehrs stark frequentiert ist: Die Autofahrer nutzen dabei statt der B 521 am nördlichen Ortsrand den parallel verlaufenden Nordring durch ein Wohngebiet, um die Staus auf der Bundesstraße zu umgehen oder den Weg von der Vilbeler Landstraße zur Bundesstraße abzukürzen.

Die Ortsvertreter wollen das künftig verhindern, indem die Ausfahrt vom Nordring über die Straße Landgraben auf die Bundesstraße zu bestimmten Zeiten untersagt wird. Der Landgraben soll dazu aus Richtung Süden nur noch bis zur Einfahrt der Sportanlage am Ortsrand frei sein – die Weiterfahrt auf den letzten 30 Metern bis zur Auffahrt zur B 521 soll mit einem „Einfahrt verboten“-Schild verhindert werden. Das Verkehrszeichen soll nach den Vorstellungen der Stadtpolitikern allerdings nur von montags bis freitags jeweils zwischen 6 und 10 Uhr Gültigkeit haben. Bei einem Ortstermin Anfang März, bei dem auch Vertreter des Straßenverkehrsamts anwesend waren, habe es keine Einwände gegen die geplante Regelung gegeben, hieß es im Ortsbeirat.

Die Veste des Ritters Werner von Ursel

Denkmalamtsleiterin Hampel stellt eindeutige Hinweise auf frühere Burganlage an der Obermühle vor

An der Obermühle in Niederrursel muss einst eine Burg gestanden haben. Das ist nach Angaben von Andrea Hampel, der Leiterin des Denkmalamts, nun gesichert. Die entscheidenden Hinweise auf einen solchen Bau auf dem Areal an der Obermühlengasse, auf dem die 1885 erbaute Obermühle steht, hat Hampel jetzt in der jüngsten Sitzung des für Niederrursel zuständigen Ortsbeirats 8 vorgestellt und erläutert.

Nach Angaben der Amtsleiterin wurden bei Bauarbeiten auf dem denkmalgeschützten Hofgut Spuren entdeckt, die auf den Wohnsitz eines Adligen hindeuten. Ein privater Investor errichtet derzeit an der Obermühle fünf Mehrfamilienhäuser mit insgesamt 35 Eigentumswohnungen. Beim Bau der Tiefgarage sei man auf einen neun Meter breiten und rund einen Meter tiefen Wassergaben auf-

merksam geworden. Erste Vermutungen, dass er zur benachbarten Obermühle gehörte, hätten sich schnell als falsch erwiesen. Theoretisch könne es sich auch um einen Altarm des Urselbachs handeln, so Hampel. Tatsächlich sei das jedoch ebenso auszuschließen wie die Möglichkeit, dass es der Standort einer anderen Mühle sei, von denen es in Niederrursel einst sehr viele gab.

Vielmehr seien bei Grabungen eindeutige Funde gemacht worden, die auf einen früheren Adelssitz hinwiesen. Zu den Entdeckungen zählen demnach Scherben eines Kachelofens sowie guterhaltene Eisengeräte wie Sicheln, Messer und Sensen. Diese seien mit Schmiedemarken versehen, die auf hohe Güte und Wert der Werkzeuge hindeuteten. Auch ein kunstvoll gefertigter Bronzebeschlag, der wohl zu einer Kiste gehörte, weise auf einen be-

güterten Haushalt hin. Ein Müller hätte sich solche Gegenstände kaum leisten können, so Hampel. Adelige dagegen schon, weshalb der Schluss naheliege, dass der Wassergraben eine Niederburg umgab. Dazu passe auch, dass im Graben drei Holzpfosten entdeckt wurden. Die auf die Zeit zwischen 1301 und 1379 datierten Stücke seien kein liegendes Holz gewesen, sondern in den Boden gerammte Pfähle. Gewissheit habe man erlangt, als schließlich Teile eines gepanzerten Handschuhs gefunden worden seien. Der Harnisch habe teilweise rekonstruiert werden können. Ein solcher Handschuh habe sich definitiv nur ein Adeliger leisten können, denn das wertvolle Stück sicher auch nicht leichtfertig irgendwo zurückgelassen hätte, sagte Hampel. Den gleichen Schluss ließen ausgegrabene Bronzebeschläge von Trippen zu, hölzerne Unterschuhe, die ge-

tragen wurden, um die eigentlichen Lederschuhe zu schützen.

Auch ohne steinerne Überreste sei deshalb davon auszugehen, dass an der Obermühle einst die Burg von Niederrursel stand. Sie dürfte dem in Niederrursel um 1280 geborenen Ritter Werner von Ursel gehört haben. Der frühere Oberurseler Vogt ging als Hofmeister des Deutschen Ritter-Ordens in die Geschichte ein. Um eine große Burganlage, wie sie unter den Rhein-Ridern zu finden seien, habe es sich aber nicht gehandelt, sagte Hampel.

Die von Bürgern in der Ortsbeiratssitzung geäußerte Kritik, dass angesichts der zuvor vermuteten archäologischen Bedeutung des Baufeldes bei den Bauarbeiten mehr Vorsicht erforderlich gewesen wäre, teilte Hampel nicht. Die Arbeiten seien frühzeitig vom Denkmalamtes begleitet worden.

Die Polytechnische wagt ein Experiment

Bald beginnt das Herbstprogramm mit Vorträgen – nicht in Sälen, sondern im Livestream

Auch wenn die großen Hörsäle der Universität in Bockenheim zurzeit gesperrt sind, bekommt die Polytechnische Gesellschaft keine Probleme, wenn 1300 Personen an einer der Veranstaltungen ihres Herbstprogramms teilnehmen wollen. So viele waren es zuletzt, als der Philosoph Richard David Precht bei der Gesellschaftsvortrag. Diesmal finden die Veranstaltungen nicht wie sonst in großen Räumen statt, sondern in den grenzenlosen Weiten von Youtube. Das liegt natürlich an der Corona-Pandemie. Wer einem Vortrag lauschen oder eine Podiumsdiskussion verfolgen will, kann über den eigenen Kanal der Gesellschaft zuhören und zuschauen. Und wer Referenten gern Fra-

gen stellt, kann das über den Live-Chat oder auch per E-Mail tun.

Zum Beispiel beim Themenabend „Was ist menschenwürdige Altenpflege in der digitalen Gesellschaft?“ am 17. November. Die Diskussion mit Verfechtern und Gegnern von Pflege-Robotern ist eine von zehn Veranstaltungen der Programmreihe „Mensch – Gesellschaft“, die am 29. September mit einem Online-Vortrag des früheren Bundesverfassungsrichters Udo Di Fabio beginnt. Es geht um „Die Zukunft der Demokratie“. Di Fabio wird, wie alle Vortragenden, nicht im heimischen Arbeitszimmer sitzen, sondern im Haus am Dom oder in der Evangelischen Akademie. Beide sind Partner der Polytechni-

schen Gesellschaft bei dem „Experiment“, die Vorträge zu übertragen, wie Gesellschafts-Präsident Volker Mosbrugger am Montag erläuterte. Mosbrugger sagte weiter, ihm sei bewusst, wie sehr die Teilnehmer bei den Veranstaltungen der Polytechnischen auch das gesellschaftliche Beisammensein schätzen. Aber bei der Planung des jetzt beginnenden dritten Teils der Reihe „Zukunft Mensch“ sei nicht absehbar gewesen, wie sich das Pandemie-Geschehen im Lauf des Herbstes entwickeln werde. Je nach Situation sei es denkbar, dass im Lauf der nächsten Monate doch Publikum zugelassen werde.

Mosbrugger und Andreas Pesch, Wissenschaftlicher Referent der Gesellschaft,

führten aus, dass das neue Format dabei helfen könne, das Publikum „diverser zu gestalten“. Bei den Referenten gebe es Schlüsselpersonen für den Anteil von Frauen. Wichtig sei bei der Auswahl aber vor allem die Forschungserfahrung. Das Ziel sei „im besten Sinne eine neue Aufklärung“. Einen weiteren Vortrag hält der Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaft, Marcel Fratzscher, über Marktwirtschaft. Alle Termine und den Zugang zum Livestream gibt es im Internet unter www.polytechnische.de. Bevor die Herbstreihe beginnt, werden noch drei wegen Corona abgesagte Termine aus dem Frühjahr ebenfalls online nachgeholt, darunter zum Thema „Die klimagerechte Stadt“.

Polizei in Sorge

Mehr Widerstand gegen Corona-Regeln

Die Verstöße gegen die geltenden Corona-Regeln nehmen immer weiter zu. Das berichtete am Montagabend der Frankfurter Polizeipräsident Gerhard Bereswill, der im Sicherheitsausschuss der Stadtverordnetenversammlung einen entsprechenden Bericht abgegeben hat. Mit der Verlagerung des Lebens auf öffentliche Plätze sei es in den vergangenen Wochen fast automatisch zu Konflikten unterschiedlicher Gruppen gekommen, sagte er. Das gelte für den Opernplatz ebenso wie für den Hafepark und Alt-Sachsenhausen. Mit den zunehmenden Lockerungen habe die Polizei festgestellt, dass bei einigen Menschen immer weniger Bereitschaft bestehe, die noch immer geltenden Abstandsregeln einzuhalten und einen Mund-Nasen-Schutz zu tragen. Diese Entwicklung sehe er angesichts der nun wieder steigenden Infektionszahlen „mit großer Sorge“.

Insgesamt hat die Polizei seit Inkrafttreten der Corona-Verordnung rund 1330 Ordnungswidrigkeiten festgestellt und diese zur Anzeige gebracht. Mehr als 90 Prozent der Verstöße entfielen laut Bereswill allein darauf, dass die Bürger den nötigen Sicherheitsabstand nicht einhielten. 660 Platzverweise haben die Beamten bislang erteilt.

Ein Problem sieht Bereswill vor allem in den Nächten. Er beschrieb, wie die Stimmung nach Mitternacht oft kippe. Während viele Feiernde nach Hause gingen, blieben oft Personen übrig, die aggressiv auftraten und übermäßig Alkohol konsumierten. Auch der Umgang mit sogenannten Corona-Gegnern, die sich bei Demonstrationen versammelten, werde zunehmend schwieriger. Oft handle es sich um Anhänger von Verschwörungstheorien.

Als einen absoluten Brennpunkt bezeichnete Bereswill das Kneipenviertel Alt-Sachsenhausen. Er nannte die Situation dort in den frühen Morgenstunden verheerend. Von ein Uhr an „fallen dort Besucherströme ein“, nicht nur auf den Straßen, auch die Lokale seien voll, ohne dass in den meisten Kneipen auf die Corona-Regeln geachtet werde.

Die Situation im Günthersburgpark, wo sich ebenfalls an den Wochenenden große Menschengruppen zum Feiern treffen, mit laut aufgedrehter Musik, bezeichnete Bereswill als bekanntes Problem. Bereits Ende Mai sei der Park von der Polizei geräumt worden, ebenso an zwei Wochenenden im Juli und zuletzt am 21. August. Einmal habe man sogar Kräfte vom Opernplatz zum Park verlagern müssen, weil sonst die Räumung nicht hätte durchgesetzt werden können.

Kritisiert wurde Bereswill im Zusammenhang mit dem umstrittenen Polizeieinsatz in Alt-Sachsenhausen vor zwei Wochen. Er sagte, es werde „alles unternommen, um den Vorfall aufzuklären“. Auch den Vorwurf des Racial Profiling ließ er nicht stehen. Zuvor hatte der Linken-Politiker Martin Kliehm gefragt, wie es sein könne, dass nach den Ausschreitungen auf dem Opernplatz auf darauf folgenden Wochenende zum Zwecke der Fährdung „verschommene Lichtbilder“ dazu geführt hätten, dass mehr als 2000 Personen kontrolliert worden seien, „nur weil es Migranten waren“. Darauf erwartete man nun eine Antwort.

RHEIN-MAIN

Leben in Frankfurt und der Region

VERANTWORTLICHER RESSORTLEITER: Helmut Schwann; Marie Lisa Kehler (stv.); Manfred Köhler (stv.).

Peter Badenhop, Ralf Euler, Dr. Florentine Fritzen, Mechthild Hartog, Katharina Iskandar, Ingrid Karb, Anna-Sophia Lang, Martin Ochmann, Tobias Rösmann, Rainer Schulze, Dieter Schwöbel, Matthias Trautsch, Jacqueline Vogt, Theresa Weiß, Sascha Zoske.

KULTUR: Michael Hierholzer (Koordination); Dr. Florian Balke, Guido Holze, Alexander Jürgs, Eva-Maria Magel, Christian Riethmüller.

WIRTSCHAFT: Manfred Köhler (Koordination); Patricia Andrae, Falk Heunemann, Inga Janovik, Petra Kirchhoff, Daniel Schleidt.

KORRESPONDENTEN: Wolfram Ahlers, Bernhard Biener, Oliver Böck, Luise Glaser-Lotz, Rainer Herr, Helke Latta, Hannes Mattes, Jochen Remmert, Markus Schug.

LANDESPOLITIK: Dr. Ewald Hettrödt.

ONLINE: Thorsten Winter (Koordination); Daniel Meuren.

RHEIN-MAIN-SPORT: Der Rhein-Main-Sport wird redigiert von der Sportredaktion der Frankfurter Allgemeinen Zeitung; verantwortl: Anno Hecker; Ralf Weitbrecht.

ANSCHRIFT FÜR DEN VERLAG UND REDAKTION: 60267 Frankfurt am Main
Postanschrift: 60267 Frankfurt am Main
Hausanschrift: Hellerhofstraße 2–4,
60327 Frankfurt am Main, Telefon (069) 7591-0,
Redaktions-Telefax: (069) 7591-1773,
E-Mail-Adresse der Redaktion: rhein-main@faz.de

VERANTWORTLICH FÜR ANZEIGEN: Achim Flügel; RheinMainMedia GmbH, Frankenallee 71–81, 60327 Frankfurt am Main, Telefon (069) 7501-3336, Telefax (069) 7501-3337,
E-Mail: service@rmm.de

Anzeigenpreise laut RMM-Preisliste Nr. 25a, gültig vom 1. Juli 2020 an.